

Nachdem die bereits im Herbst 1948 fällig gewesenen Gemeindewahlen auf den Termin der im Herbst 1949 erwarteten Landtagswahlen verlegt worden waren, ersuchte der „Volksrat“ am 8. Oktober 1949 die Landtage in der SBZ, die ablaufende Wahlperiode um ein Jahr zu verlängern, *„damit die Neuwahlen gemeinsam mit den Wahlen zur Volkskammer und den Wahlen zu den Kreisparlamenten und Gemeindevertretungen an dem durch die Volkskammer gesetzlich festzulegenden Wahltermin, am Sonntag, den 15. Oktober 1950, durchgeführt werden“*⁹³. Zeitaufschub bedeutete unter den gegebenen politischen Umständen für die Kommunisten, die freie Wahlen ebensowenig zu lassen konnten wie die sowjetische Besatzungsmacht, bereits einen Gewinn, denn der Entscheidung über den von der SED angestrebten „volksdemokratischen“ Einheitswahlmodus konnte so einstweilen ausgewichen, der Widerstand der bürgerlichen Parteien hingehalten werden in der Annahme und mit der vagen Zusage, daß wenigstens 1950 mit Wahlen nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts gemäß Artikel 51 der seit dem 7. Oktober 1949 in Kraft gesetzten „Verfassung“ zu rechnen sei.

*„Als im Oktober 1949 die Landtage ihre Legislaturperiode verlängern sollten, waren meine Freunde und ich zunächst dagegen, weil dies verfassungswidrig war. Es wurde nun mit allen Mitteln von den sowjetischen Offizieren auf uns ein Druck ausgeübt und schließlich sowohl von den maßgeblichen Offizieren als auch von Otto Nuschke uns erklärt, daß die Verlängerung der Legislaturperiode nur deshalb erfolgte, um ein Jahr später am 15. Oktober 1950 allgemeine freie demokratische Wahlen durchzuführen, bei denen die Parteien eigene Listen aufstellen können. Unter diesen Voraussetzungen haben wir zugestimmt“*⁹⁴. Dies gab Germanus Theiß, ehemals CDU-Abgeordneter und Vizepräsident des Brandenburgischen Landtags, 1952 nach seiner Flucht zu Protokoll.

Die kommunistische Taktik blieb nicht ohne Erfolg. Durch Nötigung und Terror waren die bürgerlichen Parteien im Frühjahr 1950 soweit eingeschüchert, daß sich der Zentralausschuß des „Demokratischen Blocks“ in Berlin am 14. März erstmalig für eine „Liste der demokratischen Einheit“ aussprechen konnte. Die Säuberungsaktion in der sächsischen CDU und der Schauprozeß *Herwegen—Brundert* zeigten politisch-psychologische Auswirkungen. Und während *Otto Nuschke* der Opposition in den eigenen Unions-

93 „Die Wahlen in der Sowjetzone“, S. 24.

94 „Unrecht als System — Dokumente über planmäßige Rechtsverletzungen im sowjetischen Besatzungsgebiet“, herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1952, S. 177.